

Von Kriegstüchtigkeit weit entfernt

Die Wehrbeauftragte bestätigt erneut die Problemzonen der Bundeswehr: Deutschland ist nicht fähig zur Landes- und Bündnisverteidigung



Foto: Angie Ehinger

Die Bundeswehr ist für einen großen Konflikt weiterhin nicht ausreichend vorbereitet – eine Folge jahrzehntelanger Vernachlässigung, fehlendem Personal und Material, aber auch falscher Organisation, sowie mangelnder gesellschaftlicher Unterstützung. Umfassende Reformen sind überfällig, wenn unser Land seine sicherheitspolitische Verantwortung endlich ernst nehmen will. Dabei pfeifen es die Spatzen seit Jahren von den Dächern: die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich dramatisch gewandelt. Die Friedensdividende ist verfüttert, Diplomatie und funktionierende Wirtschaft allein reichen nicht für die Herausforderungen einer multipolaren Welt. Die mit Beginn der russischen Invasion der Ukraine ausgerufene Zeitenwende ist in Zeitungsschlagzeilen hängen geblieben.

Mängel der Bundeswehr: Eine Armee im Schatten der eigenen Bürokratie

An dem Befund ist weiterhin kein Vorbeikommen: Die seit dem Ende des Kalten Krieges drastisch dezimierte, in eine „Armee im Einsatz“ umgebaute Bundeswehr ist weiterhin im Ungleichgewicht: Statt schlagkräftiger Divisionen bestimmt eine überdimensionierte Verwaltung mit zahllosen Bürotrakten und zu wenig kampfstarker Truppe das Bild. Bis auf Einzelfälle hat sich auch am Zustand der Waffensysteme wenig geändert. Von Panzern über Flugzeuge bis hin zu Schiffen grassieren weiterhin Materialprobleme. Der Munitionsvorrat reicht nur für wenige Tage, Ersatzteile für einsatzwichtige Systeme sind Mangelware. Nach Eva Högl gibt es inzwischen Schutzwesten und Helme genug, sonst fehle es an allem, die Infrastruktur sei marode.

Hinzu kommt, dass die Bundeswehr für moderne Kriegsszenarien nur unzureichend gerüstet ist. Drohnen, Cyberkrieg, elektromagnetische Bedrohungen und moderne elektronische Kampfführung sind zentrale Elemente moderner Konflikte – Deutschlands Streitkräfte haben hier massive Defizite. Während andere Armeen vernetzte Systeme nutzen, kämpft die Bundeswehr mit veralteten Kommunikationsstrukturen und mangelnder Digitalisierung.

Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wiederherstellen: Warum pazifistische Reflexe nicht mehr reichen

Einige europäische Staaten haben ihre Verteidigungsanstrengungen bereits erheblich gesteigert. Neben der Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte ist bei uns in den großen Hausnummern zu wenig passiert. Auch 100 Milliarden machen eben noch keinen Sommer. Deutschland hat sich selbst angesichts der absehbaren Wiederwahl von Donald Trump darauf verlassen, dass US-Amerikaner die Hauptlast der Abschreckung tragen. Dieses Zögern und Zaudern schlägt nun mit voller Wucht zurück: Die

Bundeswehr ist weiterhin nicht wie erforderlich einsatzbereit, die strukturellen Probleme lassen sich auch mit Sonderschulden nicht über Nacht beheben. Auf welchen Feldern unverzüglicher Handlungsbedarf besteht, verdeutlicht die folgende Aufzählung.

Kriegstüchtigkeit: Mehr als nur neue Panzer

Dieser Begriff geht weit über bloße Einsatzbereitschaft hinaus. Eine Armee ist erst dann kriegstüchtig, wenn sie neben technisch akzeptabler Ausrüstung in der Lage ist, einen Kampfeinsatz zu bestehen – organisatorisch, personell, materiell und moralisch. Voraussetzungen hierfür sind:

Ausreichend ausgebildete Soldaten: Die Truppenstärke der Bundeswehr stagniert seit Jahren.

Die Wehrbeauftragte bescheinigt der Armee erneut einen massiven Personalmangel und fordert entschlossene Schritte. „Leider hat sich die sehr hohe Anzahl unbesetzter Dienstposten weiter verschlechtert“ so Eva Högl in ihrem Jahresbericht. Ende 2024 seien an die 20 Prozent militärischer Stellen unbesetzt gewesen. Ursachen seien neben dem allgemeinen Personalmangel auch Vakanzen – wie durch Ausbildung, Elternzeit, Krankheit oder Freistellung.

„Genügend und vollständig einsatzbereites Personal ist der Schlüssel zur Verteidigungsfähigkeit. Dem Ziel einer Personalstärke von 203.000 Soldaten bis zum Jahr 2031 ist die Bundeswehr im Berichtsjahr erneut nicht nähergekommen“, stellt Högl fest. Von den fehlenden Reserven ganz zu schweigen. Die seitens des Generalinspektors als notwendig bezeichneten 260.000 Reservisten sind meilenweit entfernt. Ohne ausreichende Reserven ist aber die Durchhaltefähigkeit für einen längeren Einsatz nicht gegeben.

Ausreichende Rüstungsgüter: Funktionierende und bedrohungsgerechte Waffensysteme, ein hoher Munitionsvorrat und eingespielte Logistik sind essenziell.

Im Ukrainekrieg zeigt sich, dass bewaffnete wie auch unbewaffnete Drohnen entscheidende Voraussetzungen für das Bestehen im Kampf darstellen. Die wider besseres Wissen politisch verhinderte Einführung bewaffneter Drohnen bleibt auf Jahre hinaus ein massives Defizit. Entsprechend fehlt es auch an Fähigkeiten zur Drohnenabwehr, die Truppe wäre im Kampf dieser zunehmenden Bedrohung in Teilen wehrlos ausgeliefert.

Im Übrigen ist es höchste Zeit, endlich auch der Rüstungsindustrie Steine aus dem Weg zu räumen. Ein Beispiel: Die europäische Bankenlandschaft behandelt Waffenhersteller nicht zuletzt aufgrund strenger ESG-Kriterien (Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) noch immer als Risikokunden. Trotz enormem Bedarf an moderner Verteidigungstechnik stoßen vor allem kleine und mittelständische Hersteller im Verteidigungssektor auf

künstliche Finanzierungshürden. Der Staat verlangt einerseits eine Erhöhung der Rüstungsproduktion, gleichzeitig erschwert er den Unternehmen die Finanzierung von Kapazitätsausweitungen. Wann wird dieser Unsinn endlich abgestellt?

Eingespielte Strukturen: Mobilisierung, Befehlsketten und Nachschub müssen funktionieren.

Die von Verteidigungsminister Pistorius angesagte Strukturreform der Streitkräfte blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Zu viele eigenständige Organisationsbereiche mit aufwendigen Führungsleuten blieben trotz klarer Ansagen des Ministers bestehen, lediglich der Organisationsbereich Sanitätswesen ging im Unterstützungsbereich auf. Die Sanität behielt darin jedoch eigene Führungsstränge, effektiv geändert hat sich wenig.

Im Gegenteil wurde der Organisationsbereich Cyber und Informationsraum zu einer eigenen Teilstreitkraft hochgestuft. Und die derzeit im Entstehen begriffene Heimatschutzdivision ist eine Dame ohne Unterleib. Mit nicht einmal sechs aufgefällten Regimentern, denen zudem eine adäquate Ausstattung mit Waffen, Fahrzeugen, Funkgeräten und Ausrüstung fehlt, wäre selbst der Status Brigade nicht angemessen. Mit dieser Geisterdivision und hohlen Strukturen ist außer einer Reihe Beförderungen wenig zu erreichen. Wenn es an etwas aber nicht mangelt in der Bundeswehr, sind das hohe und höchste Dienstgrade.

Wehrwille in der Gesellschaft: Eine Armee ist nur so stark wie das Land, das sie trägt.

Ohne ausreichenden gesellschaftlichen Rückhalt ist Kriegstüchtigkeit eine Illusion, ohne Rückbesinnung auf die Notwendigkeit von Verteidigung hält auch keine bestens ausgestattete Armee durch. Die, über Jahrzehnte in den Schulen gepredigte und in der Gesellschaft gepflegte pazifistische Grundhaltung ist ein unübersehbares Hindernis, um aktuellen Bedrohungen zu begegnen. Dabei hat unser Land – zum Glück – mit Militarismus nichts zu schaffen, wir leben nicht mehr in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland muss bereit sein, sich zu verteidigen – und dazu gehört mehr als nur Geld. Wenn eine Stadt wie Zwickau Werbung für den Dienst in der Bundeswehr auf öffentlichen Flächen verbietet zeigt das, dass die Zeichen der Zeit nicht verstanden werden. Wer dies als Wegweiser in Richtung radikaler Parteien versteht, dem sei gesagt, dass diesem Verbot im dortigen Stadtrat auch die AfD zugestimmt hat.

Klare Prioritäten in der Politik: Militärische Abschreckung zur Friedenssicherung braucht mehr als schöne Worte.

Auch der letzte Punkt dieser Aufzählung ist alles andere als neu. Die Gewichte im Bundeshaushalt, nach denen Steuermittel verteilt werden, wurden nicht wesentlich geändert. Die Ampel-Regierung hat es nicht mal ernsthaft versucht, der äußeren Sicherheit die ihr zustehende Priorität zu geben. Alles blieb gleich wichtig, niemand sollte auch nur einen Euro verlieren. Dass Sozialstaat und wirtschaftliche Prosperität einen freien Rechtsstaat zur Entfaltung benötigen, ging im Politikgetöse unter. Von wegen „ohne Sicherheit ist alles nichts“!

Jeder Vergleich hinkt bekanntlich, er sei an dieser Stelle dennoch gestattet: Die Streitkräfte Israels (10 Millionen Einwohner, davon zwei Millionen Araber) sind mit 173.000 Soldaten ähnlich groß wie das deutsche Militär bei 84 Millionen Ein-

wohnern. Zudem stehen dort mit 400.000 etwa zehnmal so viele Reservisten hinter der aktiven Truppe. Dabei ist der israelische Verteidigungsetat in Friedenszeiten nur etwa halb so hoch wie der deutsche. Was sagen uns diese Zahlen? Selbst die in Aussicht gestellten 400 Milliarden Euro, die über die nächsten Jahre in die äußere und auch innere Sicherheit fließen sollen, werden das grundlegende Problem nicht lösen, vor dem unser Land steht: Es sind im Kern nicht finanzielle Engpässe, die uns einschränken, es ist der fehlende Wehrwille – sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung. Und mit Geld allein ist der nicht herbeizuzaubern.

Wehrwille als zentrale Herausforderung: Ist Deutschland bereit zu kämpfen?


Die neue Regierung wird finanziell mehr für die äußere Sicherheit tun, nicht zuletzt, weil der Druck aus Washington steigt. Geld allein schafft aber keine Verteidigungsbereitschaft. Eine Armee braucht nicht nur Material, sondern auch Soldaten, die bereit sind, ihr Land zu verteidigen. Für viele Deutsche ist die Vorstellung, für die Nation zu kämpfen, nahezu undenkbar geworden. Jahrzehntelange pazifistische Erziehung hat dazu geführt, dass militärische Einsätze in weiten Teilen der Gesellschaft reflexartig abgelehnt werden. Für zu viele Landsleute hat die Regenbogenfahne einen höheren Stellenwert als Schwarz-Rot-Gold!

Nach dem früheren Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels steht die Bundeswehr paradigmatisch auch für wachsende Dysfunktionalitäten in der ganzen Gesellschaft: „Sie ist überladen mit allgemeinen und selbst gemachten Regeln, die Führung erschweren und die Initiative ersticken“. Verantwortung übernimmt kaum noch jemand, man schaut lieber hinter sich, ob da nicht jemand anderes steht, der es besser kann.

So ist es kein Wunder, dass die Bundeswehr unter massivem Personalmangel leidet, und die Attraktivität des Soldatenberufs gering bleibt. Die Bemühungen, mit hohen Prämien und verbesserten Bedingungen mehr Rekruten zu gewinnen und Soldaten mit kostenlosen Bahnfahrkarten in die Öffentlichkeit zu bringen, stoßen an gesellschaftliche Grenzen. Ohne grundlegenden Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung wird Deutschland keine wehrhafte Nation werden.

Eine Änderung dieser verbreiteten Apathie verspricht die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Hierüber wäre nicht nur das Personalproblem der Streitkräfte lösbar. Von weit größerer Bedeutung für die ganze Gesellschaft wäre die damit einhergehende Notwendigkeit, wieder an den Küchentischen und auch in den Schulen über den militärischen Dienst und über die Streitkräfte unseres Landes reden zu müssen. Damit Deutschland wieder kriegstüchtig wird, um unseren Frieden in Freiheit weiter leben zu können!

In Treue fest!



Richard Drexl
Oberst a.D.